

3/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Jahreswirtschaftsbericht 1989:

Siebtes Aufschwungsjahr der deutschen Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich zu Beginn des Jahres 1989 in einem kräftigen Aufwärtstrend. Expansion bei Stabilität — das ist das Markenzeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs, der nun bereits in sein siebtes Jahr geht.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Aktivität der vergangenen 12 Monate auch 1989 anhalten wird. Das **Wirtschaftswachstum** wird sich in diesem Jahr nach der Jahresprojektion um 2,5 Prozent erhöhen. Damit würde die Wirtschaft wieder den mittelfristigen Wachstumstrend der letzten Jahre fortsetzen.

3,4 Prozent Wachstum 1988: Bestes Ergebnis der 80er Jahre

Das **Wirtschaftswachstum** erreichte 1988 mit 3,4 % die höchste Rate seit Beginn dieses Jahrzehnts. Dazu haben zwar auch ein ungewöhnlich milder Winter 1987/88 und eine gute Ernte beigetragen; entscheidend aber war, daß sich die binnengewirtschaftliche Dynamik verstärkt hat. Diese Entwicklung hatte nach den Börsenturbulenzen und dem Dollarverfall vom Herbst 1987 niemand erwartet.

Dank einer entschlossenen, international abgestimmten Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik konnten die entstandenen Verunsicherungen rasch überwunden werden.

HEUTE AKTUELL

● Jubiläum

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Erinnerung und Blick in die Zukunft. Seite 5

● Verteidigung

Handlungsrahmen Tiefflüge: Entlastung der Bevölkerung. Seite 11

● Jugend

Neuordnung des Jugendhilfrechts: Fachkundige Beratung und Unterstützung. Seite 15

● Kultur

KPV-Kongreß in Frankfurt: Kultur — Herausforderung der Zukunft. Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl: Deutschland liegt gut im Rennen. Seite 19

● Dokumentation

Helmut Kohl appelliert an die Partei: Werben Sie um die Mitarbeit engagierter Frauen. Grüner Teil

Jahreswirtschaftsbericht 1989:

Das Wachstum ist robuster geworden

Die Basis der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung hat sich 1988 erheblich verbreitert. Im abgelaufenen Jahr trugen alle Bereiche gemeinsam zur wirtschaftlichen Dynamik bei. Das Wachstum ist damit zugleich robuster geworden. Dabei vollzieht sich die wirtschaftliche Expansion weitgehend spannungsfrei, so daß auch insoweit die Voraussetzungen für ihre Fortsetzung günstig sind.

Die kräftigste Wachstumsdynamik entfaltete 1988 die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt erreichte im abgelaufenen Jahr den höchsten Stand seit Anfang der siebziger Jahre. Die wachsenden Investitionen der Unternehmen tragen wesentlich zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der in der Bundesrepublik vorhandenen sowie zum Entstehen neuer Arbeitsplätze bei.

900 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt

Daher hat sich die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch auf den Arbeitsmarkt positiv ausgewirkt. Die Zahl der Erwerbstäigen nahm im Verlauf des Jahres 1988 saisonbereinigt um rund 170 000 auf rund 26,2 Millionen zu. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983 konnten damit rund 900 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden.

Daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit wiederum geringer war als der Beschäftigungszuwachs, ist darauf zurückzuführen, daß die Erwerbspersonenzahl weiterhin kräftig gewachsen ist. Neben der weiter zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen spielte dabei eine besondere

Rolle, daß sich der Zustrom von Zuwandern aus der DDR und von Aussiedlern aus Osteuropa erheblich verstärkt hat. Rund 243 000 deutsche Aus- und Übersiedler kamen allein 1988 neu in die Bundesrepublik.

Beachtliche Erfolge wurden bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erzielt. So konnte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren auf den niedrigsten Stand seit Herbst 1981 gesenkt werden. Wie schon 1987 überstieg auch das Angebot an Ausbildungsstellen die Zahl der Bewerber. In verschiedenen Wirtschaftszweigen und Regionen gibt es eine erhebliche Zahl von Ausbildungsplätzen, die nicht besetzt werden konnten.

Auch 1988 konnten sich die Verbraucher in der Bundesrepublik über stabile Preise freuen. Mit einer Preissteigerungsrate von 1,2 % ist von Inflation keine Rede mehr. In den letzten drei Jahren wurde ein so hohes Maß an Preissniveaustabilität erreicht, wie es seit den fünfziger Jahren nicht mehr der Fall war.

1989 setzt sich der Aufschwung fort

Nach der Projektion des Jahreswirtschaftsberichtes wird die gesamtwirtschaftliche Leistung in diesem Jahr um gut 2,5 % zunehmen. Die kräftigsten Impulse werden dabei von den Unternehmensinvestitionen und den Exporten ausgehen.

„Auch 1989 dürfte vom Exportwachstum direkt und indirekt ein erheblicher Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen.“ **Die Bundesregierung rechnet mit einem Anstieg der Ausfuhren um etwa fünf Prozent.**

Neben der Ausfuhrrentwicklung wird der Anstieg der Inlandsnachfrage auch 1989 wesentliche Wachstumsimpulse geben. Ihre Wachstumserwartungen baut die Bundesregierung in erster Linie auf den Unternehmensinvestitionen auf. Von ihnen erwartet sie einen überproportionalen Beitrag zum Wachstum des Bruttosozialprodukts.

Denn bei günstigen Exportaussichten und hohem Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten verbessert sich das Investitionsklima deutlich. Vor allem die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 zwingt die Unternehmen, ihre Investitionen auszuweiten. Die hohe Investitionsbereitschaft im konkurrierenden Ausland sowie die Schaffung eines gemeinsamen großen Marktes in Europa sind dabei hinreichender Anlaß, die Produktionsanlagen auf den neuesten technischen Stand zu bringen.

Umfrageergebnisse und Konjunkturtests zeigen, daß insbesondere die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und die Bauindustrie mit deutlich steigenden Investitionen in diesem Jahr rechnen. Auch im Dienstleistungsbereich werden weiterhin Investitionen durchgeführt.

Ein günstiges Bild über die künftige Investitionsentwicklung zeigen auch die Auftragseingänge für Ausrüstungsgüter in wichtigen Industrien wie z. B. im Maschinenbau und in der elektronischen Industrie. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit einem Anstieg der Anlageinvestitionen um real 3 bis 4 Prozent; die für die Schaffung von Arbeitsplätzen so wichtigen Ausrüstungsinvestitionen werden mit einer Steigerungsrate von 5,5 bis 6,5 Prozent veranschlagt.

Der reale private Verbrauch wird in diesem Jahr voraussichtlich um 2 bis 2,5 % ansteigen. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird in diesem Jahr mit 3 bis 3,5 % etwas weniger stark als im Vorjahr zunehmen.

Wegen der 1989 wirksam werdenden beschleunigten Arbeitszeitverkürzungen werden die Durchschnittsverdienste mit rund 2,5 % etwas niedriger als im Vorjahr angehoben werden.

Die Preisentwicklung wird ruhig bleiben

Die Preisentwicklung wird 1989 zwar ruhig bleiben, aber nicht mehr so günstig wie in den drei vorhergegangenen Jahren ausfallen. Insgesamt rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2 bis 2,5 Prozent.

Am Arbeitsmarkt wird sich die Fortsetzung des Aufschwungs weiter auswirken. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Beschäftigung in 1989 um ca. 150.000 Personen zunehmen wird. Insbesondere im Dienstleistungsbereich wird der seit einigen Jahren schon kräftige Anstieg der Arbeitsplätze anhalten. Da nach wie vor eine steigende Erwerbsneigung der Frauen zu beobachten ist und durch die stark ansteigende Zahl von deutschen Aussiedlern Belastungen für den deutschen Arbeitsmarkt entstehen, wird sich die Arbeitslosigkeit nur geringfügig verringern.

Tarifpartner gefordert

Eindringlich weist die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht auch auf die Verantwortung der Tarifpartner hin. Sie hält die Durchsetzung von mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und verstärkte Qualifizierungsanstrengungen für dringend erforderlich.

Bundesbankgewinn

Für 1988 kann mit einem Bundesbankgewinn in Höhe von acht bis zehn Milliarden DM gerechnet werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere besten Wünsche für George Bush

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George H.W. Bush, ein Glückwunschtelegramm zu seiner Amtseinführung, in dem es u.a. heißt:

Ich freue mich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen, die sich auf unsere langjährige persönliche Wertschätzung und Freundschaft gründet. Unsere Regierungen und Völker sind verbunden durch feste Freundschaft und gemeinsame Werte. Unsere beiden Länder sind solidarische Partner im Nordatlantischen Bündnis, in dem wir Frieden in Freiheit bewahren.

Die lebendige und reiche Vielfalt unserer Beziehungen über den Atlantik hinweg zu pflegen und weiter zu fördern, ist ein Ziel, in dem ich mich mit Ihnen, einem Freund unseres Landes, einig weiß.

CDU/CSU-Fraktion: Familienpolitik hat Priorität

- Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat der Fraktionsvorstand auf seiner Sitzung am 23. Januar in Berlin die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, die Entscheidungsgrundlagen dafür zu schaffen, daß vor Ostern 1989 gemäß der Koalitionsvereinbarung von 1987 der finanzielle Spielraum für Leistungsge setze in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode festgestellt werden kann. Der Fraktionsvorstand betonte, daß gemäß der Koalitionsvereinbarung die Familien politik Priorität habe. Der Fraktionsvor stand strebt an, Verbesserungen beim Zweitkindergeld und beim Erziehungs geld zu erreichen.

- Auf Initiative von Alfred Dregger hat der geschäftsführende Fraktionsvorstand die Bildung einer fraktionsinternen Kommission „Familien- und kinderfreundliche Politik“ beschlossen. Die Leitung der Kommission übernimmt der stellvertre

tende Fraktionsvorsitzende Paul Laufs. Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten, um

- Hindernisse abzubauen, die dem Wunsch junger Paare, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen, entgegenstehen, und
- Familien mit Kindern vor erheblichen finanziellen Nachteilen zu bewahren. Ziel der Kommission ist kein aktuell zu verwirklichendes Programm, sondern eine familienpolitische Bestandsauf nahme und die Entwicklung einer famili enpolitischen Konzeption mit Wirkung über die laufende Legislaturperiode hin aus.

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

In den ersten drei Jahren seit der neuen Gesetzesregelung erhalten 1,8 Mio. Eltern Erziehungsgeld. Voll genutzt wird auch der Erziehungsurlaub. Im Jahre 1987 haben etwa 605.000 Frauen und etwa 8.000 Männer Erziehungsurlaub erhalten.

„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“

Erinnerung und Blick in die Zukunft

Am 18. Januar 1989 fand im Konrad-Adenauer-Haus der Kongreß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit“ statt. Die CDU war damit die erste Partei, die mit einer öffentlichen Veranstaltung an die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 40 Jahren erinnerte.

In seiner Eröffnungsansprache „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — unsere Verantwortung für Deutschlands Zukunft“ erinnerte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, an die Wiederaufbauleistungen der Gründergeneration und den maßgeblichen Beitrag, den die Unionsparteien beim Aufbau unserer Demokratie geleistet haben. Der Bundeskanzler würdigte das Wirken christlich-demokratischer Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wesentlich geprägt haben. 40 Jahre Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand dürfen jedoch, so mahnte Helmut Kohl, „kein Grund sein, uns selbstzufrieden zurückzulehnen — uns gleichsam auf den Lorbeeren unseres Jubiläums auszuruhen. Sie sind vielmehr auch immer Mahnung und Antrieb — eine Orientierungshilfe im Blick auf die Zukunft. Selbstzufriedenheit, Sattheit und Bequemlichkeit wären Verrat an den künftigen Generationen.“

In seiner Rede bekannte sich der Bundeskanzler zur deutschen Einheit sowie zur europäischen Einigung. Zwischen der europäischen Einigung und dem Ziel, „in freier Selbstbestimmung die Einheit in Freiheit Deutschlands zu vollenden“, gibt

es keinen Widerspruch. Helmut Kohl: „Sie sind nicht konkurrierende, sondern parallelaufende — und ich meine sogar: zusammengehörige — Aufträge des Grundgesetzes ... Es geht nämlich um beides: um Einheit **und** Freiheit. Freiheit ist Bedingung der Einheit, sie darf nicht ihr Preis sein. Wenn aber die Freiheit der Kern der deutschen Frage ist — wie sollte dann ein freiheitlich verfaßter Bundesstaat im Wege stehen, wenn sich endlich allen Deutschen die Chance für gemeinsame Freiheit böte?“

Deutschlands Zukunft heißt Europa

Der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz warnte in seinem Vortrag „Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwischen Tradition und Wandel“ vor „Bequemlichkeit“ in der Politik: Wer den Nutzen sicherheitspolitischer Westbindung genießen möchte, muß sich auch zu den damit verbundenen Verpflichtungen bekennen. Prof. Schwarz plädierte für die wirtschaftliche und politische Neuorganisation des freien Europas. Als altmodisch und „voradenauerisch“ wies er Befürchtungen zurück, die deutschlandpolitische und europapolitische Ziele für unvereinbar halten: „Die Formel Deutschlands Zukunft heißt Europa zeigt den richtigen Ansatzpunkt. Sie würde allerdings völlig einseitig interpretiert, wollte man sie **allein** auf Westeuropa beziehen. Bei der Neuorganisation des freien Europas muß auch dessen Verhältnis zu Ostmittel-europa neu definiert und umsichtig organisiert werden. In diesem Rahmen — und

DEUTSCHLAND SICHER SOZIAL UND FREI



allein in diesem — kann sich dann auch eine befriedigende Antwort auf die nationale Frage der Deutschen ergeben.“

Im zweiten Teil des Kongresses diskutierte ein internationales Podium aus Politik, Wirtschaft und Kultur mit Teilnehmern aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland über das Thema „Deutschlands Zukunft heißt Europa“. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler moderierte die Diskussion und legte in seinem Eingangsstatement neun Thesen zur Europapolitik vor. In Europa, so der Generalsekretär, müsse das Bewußtsein einer gemeinsamen kulturellen Identität genauso gefördert werden wie die Bewahrung der kulturellen, sprachlichen und regionalen Vielfalt Europas. Nur in

einem föderalistisch aufgebauten Europa sei diese multikulturelle Gesellschaft möglich.

Weiterhin verwies Heiner Geißler im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt darauf, daß Europa nicht nur ein Europa der Unternehmer, sondern in starkem Maße ein Europa der Arbeitnehmer und Ver-

Unsere Forderung

braucher sei. Er forderte deshalb: „Mit dem europäischen Binnenmarkt darf kein Abbau von Sozialleistungen oder von Arbeitnehmerrechten verbunden sein.“ Notwendig sei aber die Bereitschaft zur Beseitigung überholter Besitzstände und Privilegien sowie zum qualitativen Umbau des Sozialstaates.

Magazin: „40 Jahre CDU“

Die Geschichte der CDU und ihrer Programmatik werden in diesem Magazin interessant und mit vielen Bildern dargestellt. Bestens geeignet als Ergänzung bei allen Ihren Aktionen im Rahmen des 40jährigen Jubiläums der Bundesrepublik Deutschland.

Mindestabnahme:
100 Exemplare
Preis pro
Mindestabnahme:
44,— DM
zuzgl. MwSt.
Bestell-Nr.: 2683

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“

„Wegmarken“ des Jubiläumsjahres

Am 23. Mai 1949 ist das Grundgesetz verkündet worden. Im September 1949 fanden die konstituierenden Sitzungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates statt. Die Bundesregierung nimmt im Herbst 1949 ihre Arbeit auf. Dies sind die Eckdaten für den Neubeginn staatlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Jahr jähren sich diese Ereignisse: die Bundesrepublik Deutschland wird 40 Jahre. Wie waren die Entwicklungen in diesen vier Jahrzehnten? Wo liegen die Aufgaben für die Zukunft?

Im Jubiläumsjahr 1989 werden diese Fragen bundesweit aufgegriffen durch Ausstellungen, Tagungen, Kongresse und Festveranstaltungen. Bund, Länder, Kommunen, die Parteien und politischen Stiftungen, aber auch zahlreiche Verbände und Vereinigungen haben eine Fülle von Aktivitäten zum Jubiläum vorbereitet. Vor dem gemeinsamen Hintergrund „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ soll so die Vielfalt des Lebens in unserer freiheitlichen Gesellschaft deutlich werden — aber auch 40 Jahre staatliche Teilung Deutschlands.

Der Auftrag der Präambel des Grundgesetzes, die nationale Einheit zu wahren, durchzieht daher ebenso das gesamte Jubiläumsprogramm wie die schrecklichen Erfahrungen der NS-Zeit und die Folgen des Zweiten Weltkrieges, die zur Neugestaltung eines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens auf dem Boden einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung geführt haben.

Die Veranstaltungen sollen den Bürgerinnen und Bürgern, allen in den vielen

Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens Tätigkeiten die vergangenen 40 Jahre und die vor uns liegenden Aufgaben aufzeigen. Es soll eine ehrliche Zwischenbilanz gezogen werden. Dabei wird es eine Reihe von Veranstaltungen geben — insbesondere im Kultur- und Sportbereich — bei denen die Bürger unmittelbar „mitfeiern“ können.

Kongresse und Symposien werden auf der anderen Seite die intensive Betrachtung von Sachthemen in Fachkreisen und mit der interessierten Öffentlichkeit ermöglichen. Der „Rote Faden“ des Programms ist es, die wichtigen Politik- und Lebensbereiche zu erfassen. Sie spiegeln die Vielfalt unseres Lebens wider und fügen sich zu einem in sich geschlossenen Gesamtprogramm.

Die wichtigsten Termine:

- **16. Februar 1989:** Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet die zentrale Wanderausstellung „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ im Wissenschaftszentrum in Bonn

Die Ausstellung bleibt bis 2. April 1989 in Bonn und hat dann weitere Stationen in den Landeshauptstädten Berlin, Mainz, Hamburg, Hannover, Stuttgart, München, Wiesbaden, Kiel.

- **24. Mai 1989:** Staatsakt „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“

Am 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes wird der Bundespräsident im Rahmen eines Staatsakts — gemeinsam mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages und dem Bundesratspräsidenten — zum Jubiläum unseres Landes sprechen.

● **23./24. Mai 1989:** „Elf Länder feiern das Grundgesetz“

Unter diesem Motto steht das von den Ländern als Träger des föderativen Elements unserer Verfassung gemeinsam mit der Bundeshauptstadt ausgerichtete „Verfassungsfest“ auf dem Bonner Marktplatz. Die Länder präsentierten sich hier in ihrer kulturellen Vielfalt.

● **23. September 1989:** „Bürgertag mit Bundesfest zum 40jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn

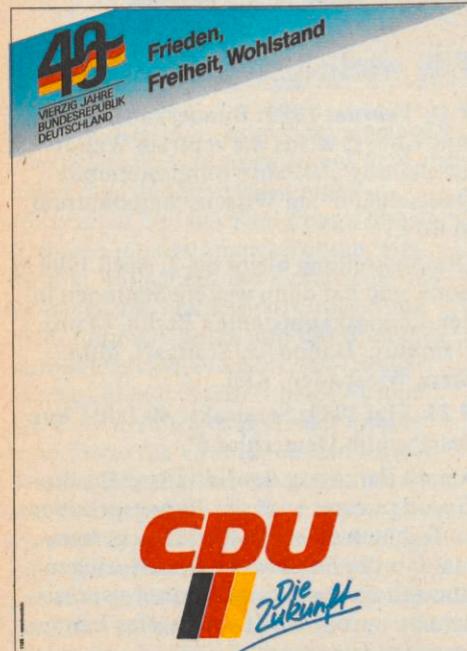
Dieser Tag ist als einer der Höhepunkte des Jubiläumsjahres angelegt. Er steht allen Bürgerinnen und Bürgern aus dem gesamten Bundesgebiet offen.

Eine bunte Reihe geselliger und informativer Angebote, die auch das leibliche Wohl nicht vernachlässigen, werden für ein attraktives Programm sorgen.

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ — unter diesem Motto steht ein Kongreß, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. und 18. Februar in den Berliner Reichstag einlädt. Für die Leitung der Veranstaltung zeichnen Professor Dr. Hans Maier und Professor Dr. Otto B. Roegle verantwortlich.

Nach der Begrüßung durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, hält Professor Dr. Hans Maier, Kultusminister a.D., das Einführungssreferat mit dem Titel „Freiheitsanspruch und Freiheitsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“.



Für Ihre Aktionen

Der Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland bietet vielfältige Möglichkeiten, die erfolgreiche Politik der CDU für unser Land in den vergangenen 40 Jahren darzustellen. Als optischen Rahmen für Ihre Aktionen stehen Ihnen ein Rahmenplakat und ein Rahmenflugblatt zur Verfügung, die mit dem offiziellen 40-Jahre-Emblem gestaltet sind.

Rahmenplakat DIN A1

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland
Mindestabnahme 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
35,50 DM zuzügl. MwSt.
Bestell-Nr.: 8124

Rahmenflugblatt DIN A4

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland
Mindestabnahme 500 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
50,— DM zuzügl. MwSt.
Bestell-Nr.: 1125

Alfred Dregger:

Wir wollen die Früchte ernten, die sich aus der Politik der letzten Jahrzehnte ergeben

In seiner ersten Rede im neuen Jahr vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deren Vorsitzender, Alfred Dregger, die aktuellen politischen Fragestellungen und Entscheidungen — Zeitpunkt der Wehrdienstverlängerung, Tiefflug, Deutschland und Europa — „vor dem Hintergrund einer Welt im Wandel“ beleuchtet, den wichtigen Veränderungen in der Sowjetunion vor allem und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Besonders ausführlich ging Alfred Dregger auf das Thema „Europa“ ein:

Der Europäische Binnenmarkt Ende 1992 wird uns große Chancen eröffnen, wenn wir fähig zum Wandel sind. Nur dann allerdings wird er Chancen für die deutsche Wirtschaft eröffnen. Aber der Binnenmarkt genügt nicht, wir wollen die politische Union, d. h. die Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion. Zwar geht das nur schrittweise, aber in einer Welt des Wandels ist es dringlich geworden.

Wichtig ist vor allem die europäische Identität in der Sicherheitspolitik. Wir brauchen eine neue NATO-Struktur mit der WEU als europäischem Pfeiler der atlantischen Allianz unter voller und führender Mitwirkung Frankreichs; die WEU als Sicherheitsorganisation der europäischen Gemeinschaft, wobei die beiden Vertragsgebiete nicht identisch sind, was eine gewisse Flexibilität ermöglicht den Neutralen gegenüber, soweit es

die EG angeht, und vielleicht in einer späteren Entwicklung auch der DDR, Ungarn, Polen usw. gegenüber.

Zunächst sind diese Stationen — WEU als europäischer Pfeiler der Allianz und die Europäische Gemeinschaft — Zwischenstationen zur Politischen Union. Wir brauchen sie. Das Stimmengewirr der europäischen Klein- und Mittelstaaten muß durch eine hörbare europäische Stimme abgelöst werden, wenn wir verstanden werden wollen in Moskau und in Washington.

Eine solche Europäische Union ist gut für die USA, weil diese nur so in ihrer globalen Verantwortung entlastet werden kann. Was die Amerikaner am meisten fürchten, ist, daß wir Europäer alle ökonomischen Vorteile des großen Binnenmarkts wahrnehmen, aber keine politische Mitverantwortung übernehmen, die der wirtschaftlichen Kraft Europas entspricht.

Politische Union Europas

Die Europäische Union ist auch gut für die Sowjetunion, die damit einen eigenständigen europäischen Partner für die angestrebte Zusammenarbeit findet.

Die politische Union Europas ist vor allem gut für Deutschland. Genausowenig, wie die Einheit Europas vom Himmel fällt, ist das von der Einheit Deutschlands zu erwarten. Das ist nicht nur und nicht in erster Linie ein Rechtsproblem. Wir haben die Rechtspositionen immer verteidigt, mit Recht: Selbstbestimmungs-

recht der Völker, Deutsches Reich in den Grenzen von 1937. Aber Rechtspositionen können nur Entwicklungen offenhalten, sie können keine Entwicklungen bewirken. Zur Veränderung gehören nach wie vor Kraft — früher nannte man das Macht —, Konsens und ein Instrument, das Kraft und Konsens bewirken kann. Wer sich einmal die machtpolitische Lage in Europa und in der Welt ansieht, der kommt sehr schnell zu dem Schluß, daß dieses Instrument nur die politische Union Europas sein kann.

Die Einheit und Freiheit Deutschlands in einem Europa freier Völker vollenden

Ich bin für Europapolitik auch um Deutschlands willen. Diese Politik schafft Konsens für unser nationales Anliegen zunächst im Westen. Ich verweise auf das Aktionsprogramm der Europäischen Volkspartei (EVP) für die Jahre 1989 bis 1994, das am 7. und 8. November 1988 in Luxemburg verabschiedet worden ist im Namen aller christlich-demokratischen Parteien Europas. Es heißt dort:

„Die Christlichen Demokraten würdigen und unterstützen ausdrücklich den Wunsch der Deutschen, in einem Europa freier Völker die Einheit und Freiheit Deutschland zu vollenden.“

„Ohne Überwindung der deutschen Teilung kann auch die europäische Teilung nicht überwunden werden und umgekehrt. Indem die Deutschen ihr nationales Anliegen mit dem gesamt-europäischen Anliegen verbinden, setzen sie auf den europäischen Weg zur deutschen Einheit. Auf diesem Weg wird auch das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangen.“

Das ist das Ergebnis einer Politik, die die Union — mit Konrad Adenauer beginnend — erfolgreich geführt hat, und die wir weiterführen werden unter der Führung von Helmut Kohl. Auf dem Aktionsprogramm der EVP fußt auch ein Entschließungsantrag, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 17. Januar 1989 einstimmig beschlossen hat. Wir haben diesen Antrag in die Europadebatte dieser Woche eingeführt:

„Der Deutsche Bundestag bekraftigt den Willen aller Deutschen, in einem Europa freier Völker die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Ohne Überwindung der deutschen Teilung kann auch die europäische Teilung nicht überwunden werden und umgekehrt. Es bleibt das Ziel unserer Politik, die europäische politische Union zu schaffen und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, wie es in den Briefen zur deutschen Einheit vom 12. August 1970 und vom 21. Dezember 1972 heißt.“

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Regierungen der Staaten der EG, die Institutionen der EG und das Europäische Parlament auf, bei der Ausarbeitung des Entwurfs für eine Europäische Union als gemeinsames Ziel zu verankern, die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden.“

Wir wollen die europäische Einheit

Wir sollten die Früchte ernten, die sich aus der Politik der letzten Jahrzehnte ergeben. Wir wollen die europäische Einheit auch um der deutschen Einheit willen. Zwischen der deutschen und europäischen Einheit besteht kein Gegensatz; sie sind beide nur gemeinsam wiederzugewinnen.

„Handlungsrahmen Tiefflüge“

Entlastung der Bevölkerung unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines hohen Ausbildungsstandards

Spätestens seit dem jüngsten Flugunfall in Wiesmoor ist die Diskussion über Tiefflüge zu einem der brisantesten Diskussionsthemen geworden, an dem sich wie sonst kaum die Bürger beteiligen. Die CDU braucht sich bei dieser Diskussion nicht zu verstecken. Denn unsere Argumente sind ausgewogen und werden dem Gesamtinteresse gerecht: der Einsatzfähigkeit der NATO-Luftstreitkräfte sowohl wie dem berechtigten Anspruch der Bürger auf Schutz vor unzumutbaren Belastungen. Für Ihre Argumentation geben wir Ihnen den „Handlungsrahmen für Tiefflugentlastung“ an die Hand, den Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz dem Verteidigungsausschuß des Bundestages vorgelegt hat und den Sozialdemokraten und Grüne nicht haben zur Kenntnis nehmen wollen:

In den vergangenen Jahren sind bereits erhebliche Anstrengungen zur Entlastung der Bevölkerung unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines hohen Sicherheits- und Ausbildungsstandards unternommen worden.

So wurden z.B.

- die gesamte fliegerische Ausbildung zum Strahlflugzeugführer und zwei Drittel der Waffenausbildung für die Flugzeugbesatzungen der Luftwaffe ins Ausland verlegt,
- die Tiefflugausbildung der Luftwaffe über der Bundesrepublik seit 1980 von etwa 45.000 Stunden nahezu halbiert,

● eine Vielzahl von Beschränkungen für den militärischen Flugbetrieb eingeführt, wie z.B. die Tiefflug-Mittagspause, die Begrenzung des Tiefflugs auf Montag bis Freitag von 7.00 bis 17.00 Uhr, einen maximalen Tieffluganteil von 50 Minuten bei einem Flugeinsatz usw.

Als weitere Maßnahmen hat Bundesminister Scholz auf Vorschlag der Luftwaffenführung bereits im Sommer 1988 angeordnet, daß

● die deutschen Jagdverbände nicht mehr in der Zweitrolle als Jagdbomber ausgebildet werden, so daß damit das Tiefflug-

„Die Bundesrepublik Deutschland soll und muß hier verteidigt werden und nicht in Labrador.“
**Bundesverteidigungsminister
Rupert Scholz**

aufkommen über der Bundesrepublik erneut um rund 1.000 Stunden vermindert ist,

● rund ein Viertel der in größeren Höhen und außerhalb dichtbesiedelter Gebiete damals noch stattfindenden Luftkampfausbildung über See zu verlagern sei. Beide Maßnahmen haben bereits gegriffen.

● Für die nahe Zukunft ist eine weitere Verlagerung von Tiefflugausbildung nach Goose Bay/Kanada geplant, die bis

1990/91 nochmals 1.300 Stunden Tiefflug über der Bundesrepublik Deutschland einsparen soll.

In intensiven Bemühungen des Bundesministers der Verteidigung und der Luftwaffe ist nunmehr ein Handlungsrahmen abgesteckt worden, der zu weiterer deutlicher Tiefflugentlastung führen soll.

Ein Bündel von Maßnahmen wird zur Reduzierung der Belastung und zu einer gerechteren Verteilung des unabdingbar in der Bundesrepublik verbleibenden Tiefflugaufkommens beitragen.

Zur Reduzierung sollen beitragen:

Kurzfristig

- Einstellung des taktischen NATO-Ausbildungsprogramms für Verbandsflugzeugführer (TLP) in der Bundesrepublik; Minderung um 1.000 Tiefflugstunden pro Jahr;
- Entlastung besonders durch Transit-Tiefflug belasteter Zonen durch Anhebung der Flughöhe.

Mittelfristig

- Ausbau der Ausbildungskapazität in Goose Bay/Kanada auf 6.000 Flugstunden pro Jahr bis 1991;
- Nutzungserweiterung der Ausbildungseinrichtungen in Beja/Portugal und in Decimomannu/Italien wird angestrebt;
- Entwicklung und Einsatz von Simulatoren zur Substitution weiterer Tiefflugstunden;
- Einrüstung der Lookdown/Shoot-down-Kapazität in das Jagdflugzeug PHANTOM F 4 und dadurch verringerte Luftkampfübungen.

Langfristig

- Einrichtung eines NATO Tactical Fighter Center (NTFC) in der Türkei oder in Kanada bis 1995.

Zur gerechteren Verteilung sollen führen:

Kurzfristig

- Überprüfung des Tiefflugaufkommens in den 75-m-Gebieten unter Berücksichtigung der besonderen Belastungen mit dem Ziel der gleichmäßigeren Verteilung in Absprache der Bund/Länder-Kommission und mit den Alliierten.

Mittelfristig

- Entzerrung von Tiefflugverdichtungen durch ein Luftlagezentrum für EDV-gestützte Tiefflugerfassung und -auswertung, das sich in der Erprobung befindet. Erste Ergebnisse werden noch im ersten Halbjahr 1989 erwartet.

Die Realisierung dieses Maßnahmenverbundes kann nur in engem Zusammenwirken mit unseren alliierten Bündnispartnern reifen. Dazu erfolgen intensive und kooperative Abstimmungsgespräche für die gemeinsame Ausbildung und Auftragsdurchführung.

Darüber hinaus bedeuten weitere Verlagerungen von Tiefflugausbildung ins Ausland zusätzliche Belastung für das betroffene Personal, die durch soziale Maßnahmen aufgefangen werden müssen.

„Der Handlungsrahmen, den der Verteidigungsminister vorgestellt hat, bietet eine vernünftige Grundlage für Entscheidungen, die dem Gebot der Verteidigungsbereitschaft und den berechtigten Anliegen der Bevölkerung gerecht werden.“

Klaus Francke, CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter

Verlängerung des Grundwehrdienstes

Eine Investition für die Zukunft

Zu den außenpolitischen Aspekten der Frage der Aufrechterhaltung des Gesetzes zur Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes erklärt in einem Beitrag für den „UiD“ derstellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe:

1. Der Beschuß von 1986 zur Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes auf 18 Monate gehört seitdem mit zu den Bestandteilen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Darauf haben sich unsere Bündnispartner wie auch der Warschauer Pakt eingestellt. Insofern würden andere Beschlüsse zum einen als eine Abweichung von unserer bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik empfunden werden. Sie würden zum anderen empfunden werden als direkte Antwort auf Gorbatschows Ankündigung einseitiger Truppenrückzüge, wie er sie vor den Vereinten Nationen gemacht hat, auch wenn es das von der Sache her nicht her gibt.

2. Man sollte diese Entscheidung auch im Zusammenhang mit der Tiefflug-Diskussion sehen, wo wir noch viel bei unseren Verbündeten erreichen wollen: Für mich ist eine drastische Reduzierung der Tiefflüge in unserem Land sehr wichtig. Da müssen wir uns durchaus noch hart mit den Amerikanern und anderen Bündnispartnern auseinandersetzen, wenn wir mehr Tiefflüge ins Ausland verlagern wollen. Unsere Verhandlungsposition dafür würde aber sehr erschwert werden, wenn wir von diesem anderen, oben genannten Element der deutschen Außenpolitik abweichen würden.

3. Im Hinblick auf die Rolle der Bundeswehr in den 90er Jahren und auf die Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung müssen wir davon ausgehen, daß die Bundeswehr im Verhältnis zu den anderen Armeen in Europa eher eine größere als eine kleinere Rolle spielen wird. Denn selbst wenn diese Abrüstungsverhandlungen in wenigen Jahren zu ersten Ergebnissen führen, müssen wir damit rechnen, daß es in der ersten Stufe entweder ausschließlich zu amerikanischen und sowjetischen Reduzierungen kommen wird, zumindest aber auf NATO-Seite überproportional die Reduzierungen bei den Amerikanern liegen werden — und

Wir meinen es ernst mit der Partnerschaft

nicht in erster Linie bei der Bundeswehr. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Die Amerikaner wollen eine andere Lastenverteilung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten haben. Diesen Prozeß, der im übrigen — auch wenn die Abrüstungsverhandlungen in Wien mühsam verlaufen — in den 90er Jahren kommen wird, dürfen wir nicht einfach erleiden. Wenn wir es ernst meinen mit einer größeren Partnerschaft, mit Gleichberechtigung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, dann bedeutet das auch, daß die Bundeswehr im Verhältnis etwa zu den Truppen der USA eher eine größere Rolle spielen muß.
- Wenn wir erreichen wollen, daß möglichst viele sowjetische Divisionen die DDR, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn verlassen, dann werden natürlich

auch entsprechende Reduzierungen bei den amerikanischen Truppen in Europa unvermeidlich sein, d. h. die Westeuropäer werden dann eine größere Rolle spielen müssen. Und je stärker die Rolle der Westeuropäer ist, je stärker wir die Amerikaner entlasten können, um so mehr Druck können wir auch auf die Sowjets ausüben, Osteuropa zu verlassen. Damit ist zugleich ein Aspekt angesprochen, der auch im Interesse eines stärkeren Zusammenwachsens von West- und Osteuropa liegt.

Damit es ein Wandel ohne Angst wird

Und deswegen sollten wir auch noch ein bißchen vorsichtig sein mit Ankündigungen, daß es nach Abrüstungsergebnissen im konventionellen Bereich automatisch zu Reduzierungen bei der Bundeswehr kommen wird.

4. Schließlich stellt sich die Frage, wie die Rolle der Bundeswehr in den 90er Jahren aussehen wird. Wenn heute viel darüber gesprochen wird, daß es eine Krise des Selbstverständnisses bei den Offizieren und bei den Wehrpflichtigen gibt, so ist auf einen weiteren Aspekt hinzuweisen: Der historische Wandel in Europa, der auch durch die Veränderungen in der Sowjetunion, in Ost- und Mitteleuropa — in den nächsten Jahren kommen wird, muß und kann nur durch Streitkräfte abgesichert werden, damit es ein **Wandel ohne Angst** wird. Die Bundeswehr wird deshalb in den 90er Jahren im Verhältnis zu den anderen Armeen in Westeuropa und im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eher eine bedeutendere Rolle zu spielen haben.

Deswegen ist die Entscheidung zur Aufrechterhaltung unseres Beschlusses von 1986 eben auch als eine Investition für die Zukunft anzusehen.

Produktionsaufgaberente

Den Ausstieg ermöglicht

Mit dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (Produktionsaufgaberente) ist nach der Flächenstilllegung das zweite größere Gesetzesvorhaben im Rahmen der Umsetzung der EG-Beschlüsse vom Februar 1988 verwirklicht worden. Der Bundestag hat das Gesetz am Freitag, den 20. Januar 1989, beschlossen. Die Produktionsaufgaberente tritt mit Wirkung vom **1. Januar 1989 in Kraft**.

Landwirten ab 58 Jahren wird der vorzeitige Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und Marktproduktion ermöglicht. Sie werden wie ihre älteren Mitarbeiter einkommensmäßig und sozial abgesichert. Angesichts der Altersstruktur unserer Betriebsinhaber stößt diese freiwillige Vorruhestandsregelung auf großes Interesse.

Die endgültig aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit ausscheidenden und jegliche Marktproduktion einstellenden Landwirte können wählen, ob sie ihren gesamten Betrieb stilllegen oder abgeben oder beides miteinander verbinden. Die Produktionsaufgaberente entspricht damit — so der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset — den zentralen Zielsetzungen der gegenwärtigen Agrarpolitik, nämlich sowohl der Marktentlastung als auch der Strukturverbesserung der weiterwirtschaftenden Betriebe.

Der Bund wird zur einkommensmäßigen Absicherung der Teilnehmer an der Produktionsaufgaberente erhebliche Finanzmittel aufwenden, beginnend von 115 Millionen DM im Jahre 1989 ansteigend bis auf 380 Millionen DM in 1992.

Neuordnung des Jugendhilferechts

Fachkundige Beratung und Unterstützung anstelle von Kontrolle und Bevormundung

Ursula Lehr, Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, hat die Neuordnung des Jugendhilferechts als den jugendpolitischen Schwerpunkt für die zweite Hälfte der Legislaturperiode bezeichnet. Vor dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU erklärte sie dazu: Gestützt auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März 1987 wurde ein Referentenentwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf ist in der Fachwelt bei öffentlichen und freien Trägern in seiner grundsätzlichen Zielrichtung auf breite Akzeptanz gestoßen, auch wenn gewisse Punkte noch einer Veränderung bedürfen.

Die breite fachpolitische Akzeptanz des Gesetzentwurfs ist eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens in dieser Legislaturperiode. Mit dem neuen Gesetz soll die Arbeit der Jugendämter und der freien Träger, Jugendverbände und sonstigen Organisationen auf eine neue Grundlage gestellt werden, die den heutigen fachlichen Anforderungen Rechnung trägt und die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigt.

Wesentliche Ziele des Gesetzentwurfs sind:

- ein neues Verständnis der Jugendhilfe, die als Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu verstehen ist: An Stelle von Ein-

griffen, Kontrolle und Bevormundung sollen rechtzeitige und fachkundige Beratung und Unterstützung der Familie und der Heranwachsenden treten

- die Begleitung junger Menschen in die Selbständigkeit durch Angebote der Jugendarbeit
- der Ausbau der unterschiedlichen Formen der Tagesbetreuung.

Die Anhörungen zum Gesetzentwurf haben nochmals bestätigt, daß die notwendige Neuordnung der Kinder- und Jugendhilfe kostenneutral nicht zu realisieren ist. Frühere Gesetzentwürfe sind

Kostenneutral nicht zu realisieren

vor allem an nicht überbrückbaren gesellschaftspolitischen und ideologischen Fragen gescheitert. Angesichts des hohen Maßes an Zustimmung zu dem vorliegenden Referentenentwurf besteht diesmal die Chance, ein neues Jugendhilferecht auf eine breite Grundlage zu stellen. Die voraussichtlichen Mehrkosten, die in vollem Umfang erst Mitte der 90er Jahre zu Buche schlagen, dürfen kein Grund dafür sein, dieses wegweisende jugend- und familienpolitische Gesetzesvorhaben scheitern zu lassen.

Die gemeinsame Stellungnahme des Deutschen Städtetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu dem Gesetzentwurf macht deutlich, daß die Kommunen bereit sind, Mehrkosten in

STICHWORT

Westeuropäische Union

Die Westeuropäische Union (WEU) wurde am 23. Oktober 1954 in Paris gegründet. Der WEU gehören die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Belgien und die Niederlande an. Seit 14. November 1988 gehören auch Spanien und Portugal zur WEU. Die WEU ist eine europäische Sicherheitsgemeinschaft mit automatischer Beistandsverpflichtung.

Durch deutsch-französische Initiative wurde die WEU als europäisches Forum für sicherheitspolitische Fragen wiederbelebt. Ihre Bedeutung liegt in der Stärkung des europäischen Pfeilers im westlichen Bündnis. Innerhalb der WEU ist die deutsch-französische Zusammenarbeit Motor für die sicherheitspolitische Integration Westeuropas. Die im Oktober 1987 verabschiedete „Plattform: Europäische Sicherheitsinteressen“ ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheitsidentität. Die WEU-Mitglieder bekämpften damit ihre Verantwortung für die Wahrung und Gestaltung des Friedens.

einem vertretbaren Umfang mitzutragen. Die fachliche und die kommunalpolitische Akzeptanz der Vorhaben werden die notwendigen politischen Gespräche mit den Ländern erleichtern.

Ich bin deshalb davon überzeugt, daß es uns in einem gemeinsamen Bemühen von Bund, Ländern und Gemeinden gelingen wird, dieses Gesetzgebungsvorhaben in der laufenden Legislaturperiode erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

RCDS-Veranstaltung in Göttingen massiv gestört

Eine Diskussionsveranstaltung des RCDS mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Professor Klaus Töpfer, in Göttingen wurde durch gewalttätige Randalierer massiv behindert.

Bereits im Vorfeld hatten Autonome, Jungsozialisten, Basisgruppen und Kommunisten zu Störungen aufgerufen. Unter dem Slogan „Für eine ministerfreie Uni“ sammelten sich Hunderte vor dem Hörsaalgebäude und hinderten friedliche Kommilitonen am Zugang zu der geplanten Veranstaltung. Zuvor hatten Vermummte mit Tränengas die Ordner des RCDS ausgeschaltet und waren in den Vorlesungssaal eingedrungen.

Minister Töpfer verzichtete darauf, sich mit Polizeischutz Zugang zum Saal zu verschaffen, um die Gesundheit der Polizisten und unbeteiligter Studenten nicht zu gefährden. Im Freien griff er zum Mikrofon, konnte sich jedoch kein Gehör verschaffen.

Jürgen Hardt, Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS): Die SPD muß sich erneut fragen lassen, warum sie diese Formen der Auseinandersetzung bei den Jungsozialisten zuläßt. In Göttingen stehen die Jusos jedenfalls in festem Dauerbündnis mit linksradikalen Verbänden an der Hochschule. Die gewaltsame Verhinderung des Dialogs durch radikale Minderheiten ist eine Niederlage für die Demokratie insgesamt. Der RCDS sieht in Diskussionsveranstaltungen mit Spaltenpolitikern dagegen eine große Chance für die Durchsetzung studentischer Interessen und wird weiter Spaltenpolitiker der Union auffordern, sich dem Dialog mit Studenten zu stellen.

KPV-Kongreß in Frankfurt:

Kultur – Herausforderung der Zukunft

Kultur gewinnt in der Freizeitgesellschaft immer mehr an Bedeutung und stellt Kommunalpolitiker zunehmend vor neue Fragen. Gerade eine große Volkspartei wie die CDU ist darauf angewiesen, neue Entwicklungen in der Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Um den Kommunal- und Kulturpolitikern vor Ort Entscheidungshilfen zu geben, veranstaltete die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU in Frankfurt am 20./21. Januar 1989 einen Kongreß unter dem Motto „Herausforderung Kultur“.

Wer die Vielschichtigkeit des Themas kennt, weiß um die Schwierigkeit, ein solch anspruchsvolles Thema zu bewältigen. Die ca. 700 Teilnehmer in der Frankfurter Messe gaben sich alle Mühe, dem Thema gerecht zu werden. Glanzlichter setzten — das darf man wohl behaupten, ohne einen andern zurückzusetzen —, Kurt H. Biedenkopf und Lothar Späth. Biedenkopfs Vortrag lautete „Das neue Interesse an Kultur“. „Wir bauchen die Kultur nicht nur als Sinnfindung und Identifikation, sondern auch als Voraussetzung für die Fähigkeit, uns selbst zu begrenzen“, ließ er seine Zuhörer wissen. Kultur sei der Raum für Utopien, und die seien für die Gesellschaft unverzichtbar. Die Abnahme des Ansehens der politischen Parteien liegt nach Auffassung von Biedenkopf u. a. darin begründet, daß diese zuwenig Utopien hätten. Als Konsequenz bleibt letztlich nur die Ausübung der Macht übrig, und das werde von der Gesellschaft als nicht ausreichend akzeptiert. Ein Verlust an Kultur bedeute im

übrigen, daß die Gesellschaft von der Technik überwältigt werde.

Kultur und Technologie standen auch im Mittelpunkt der Ausführungen von Lothar Späth. Moderne Technologien sind nach Auffassung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten ohne Kultur undenkbar. „Das eigentliche Zukunftspotential unserer Gesellschaft sind nicht Computer oder Roboter, sondern Kultur und Kreativität.“ Für die Zukunft rechnet Späth mit einem steigenden Interesse der Bevölkerung an kulturellen Angeboten. Schon jetzt stünden die Menschen Schlange, um bedeutende Ausstellungen mitzuerleben. Um dieser Nachfrage besser gerecht zu werden, forderte er die

Kultur und Kreativität

Kommunalpolitiker auf, Umschichtungen innerhalb der Gemeindehaushalte vorzunehmen. Eingesparte Stellen infolge des Computer-Einsatzes in der Verwaltung sollten den Kulturretats zugute kommen. Nachdrücklich setzte sich der Ministerpräsident für ein verstärktes Mäzenatentum und Sponsoring ein. Hier lägen noch große Möglichkeiten.

Eröffnet wurde die zweitägige Tagung vom Bundesvorsitzenden der KPV, Horst Waffenschmidt, der darauf hinwies, daß die Kulturausgaben der öffentlichen Hand, also von Bund, Ländern und Gemeinden, seit 1986 von sieben auf acht Milliarden DM angestiegen seien. Er erinnerte daran, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr ihr 40jähriges Bestehen feiert und daß in der Fülle der zahlreichen Veranstaltungen die Kultur mit Ausstellungen, Kongressen und Publikationen hervorragend vertreten sei.

Frankfurts Oberbürgermeister Brück wie auch der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann wiesen auf die weltweit anerkannten Erfolge christlich-demokratischer Kulturpolitik in Frankfurt hin, wo am 18. März die Kommunalwahl stattfindet und wo es gilt, die CDU-Mehrheit zu behaupten.

Kultur im städtischen und im ländlichen Raum — das war die Bandbreite der Dis-

„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“

kussion des ersten Tages, in der Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel auch auf die Situation der jungen Ausländer hinwies, die zu 70 Prozent in Deutschland geboren worden seien. Berlins Senator Volker Hassemer gab am zweiten Tag einen interessanten Beitrag über das Thema „Kultur als kommunale Daseinsvorsorge“ besonders an Hand Berliner Beispiele. Die Leitung der Tagung hatten der hessische Kultusminister Christian Wagner und die NRW-Landtagsabgeordnete Hildegard Matthäus. Sie forderte in einer Zusammenfassung die Erhöhung des Kulturetats langfristig auf mindestens zehn Prozent der Haushalte. Jetzt sind es etwa vier Prozent.

Zitat

„Niemand hat aber das Recht, unter Hinweis auf einen Einzelfall, Politiker und Parteien oder gar die demokratischen Institutionen pauschal zu verurteilen. Die politisch Aktiven sind nicht die Schmuddelkinder und die Inaktiven nicht die Sonntagskinder der Nation. Ohne politische Parteien und politisch aktive Bürgerinnen und Bürger wäre der demokratische Staat nicht regierbar.“

Generalsekretär Heiner Geißler

Gespräch CDU – EKD

Dem „Rückzug ins Private“ begegnen

Als einen qualitativ wichtigen Schritt haben Vertreter der evangelischen Kirche die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege bezeichnet und es begrüßt, daß in den vorliegenden Konzepten zur langfristigen Sicherung der Renten Erziehungsleistungen anerkannt werden.

Diese und andere Themen der Sozialpolitik standen im Mittelpunkt eines der Gespräche, zu denen sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Gemeinsame Arbeitsgruppe

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit der Langzeitarbeitslosigkeit haben CDU und EKD vereinbart, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen, die zu konkreten Lösungen der Probleme kommen soll.

(EKD) und Mitglieder des CDU-Präsidentiums sowie des CDU-Bundesvorstandes inzwischen regelmäßig treffen.

Unter der Leitung des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Martin Kruse, und dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, wurde auch die Bedeutung des Glaubens in einer Gesellschaft diskutiert, in der es keine selbstverständliche Weitergabe von Wertvorstellungen mehr gibt.

Unter den Gesprächspartnern bestand Einigkeit darüber, daß ein „Rückzug ins Private“ für Kirche und Gesellschaft eine Herausforderung bedeuten, der sie sich gemeinsam zu stellen hätten.

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
Deutschland liegt gut im Rennen!

12

**Pluspunkte
der Regierung
Helmut Kohl**



Faltprospekt

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Kurzgefaßt beschreibt der Faltprospekt die zentralen Erfolge der Regierung Helmut Kohl: Die Wirtschaft läuft, und die Preise bleiben stabil. Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform sichern unsere Zukunft. Die Leistung der Frau in Familie und Beruf wird anerkannt. Im

Umweltschutz sind wir Vorreiter, und deutsche Forschung und Technologie liegen weltweit vorn. Die Regierung Helmut Kohl hat erfolgreich verhandelt: Für menschliche Erleichterungen und die Einheit Deutschlands. Sie hat den Frieden sicherer gemacht. Der Faltprospekt ist ein ideales Verteilmittel.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 20,— DM
Bestell-Nr.: 2128



Taschenlexikon

Gesundheitsreform von A bis Z

In Form eines alphabetischen Nachschlagewerkes enthält dieses handliche Taschenlexikon alle wichtigen Stichworte zur Gesundheitsreform. Von Apothekenversorgung über Internationalen Krankenschein bis Zahnbehandlung findet der Leser Informationen über die wichtigsten Bestimmungen des Reformgesetzes für unser Gesundheitswesen. Wie der ruinöse Preisanstieg bei Arzneimitteln durch Festbeträge gestoppt werden soll, wird ebenso erläutert wie die neuen Leistungen für Familien, die Pflegebedürftige versorgen. Fazit der Reform: Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar. Die Vorsorge wird gestärkt. Die Pflege wird anerkannt.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 15,— DM
Bestell Nr. 5126

Bestellungen richten Sie bitte an das
**IS-Versandzentrum, Postfach 1328,
4804 Versmold.**

Die Preise verstehen sich incl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
Deutschland liegt gut im Rennen!

Mehr Geld für den Bürger, mehr Schwung für die Wirtschaft

Alles über die Große Steuerreform

Das Faltblatt Steuerreform macht auf verständliche Weise deutlich: Der neue Steuertarif 1990 ist sozial ausgewogen und leistungsorientiert. Und: Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern. Ausführliche Steuertabellen zeigen die monatlichen Entlastungen von 1986, 1988 und 1990 im Vergleich.— Mindestabnahme: 50 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM, Bestell-Nr.: 2127

Ud

3/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.